



von Helmut Markwort

Wie Polen einfach nicht zahlt und warum Lauterbach in der SPD nicht wichtig ist

Dienstag

Wer im normalen Leben eine Rechnung nicht zahlt, muss mit drastischen Konsequenzen rechnen. Nach Mahnungen in mehreren Stufen kommt im letzten Schritt ein Gerichtsvollzieher und pfändet das Eigentum des Schuldners bis auf ein Minimum, von dem er gerade noch existieren kann.

Nicht so in der internationalen Politik. Gerade erleben wir in der Europäischen Union, wie folgenlos nicht gezahlt werden kann. Der Staat Polen ist vom Europäischen Gerichtshof verurteilt worden, an jedem Tag eine Million Euro an die EU-Haushaltskasse nach Brüssel zu überweisen. Die Entscheidung ist jetzt zwanzig Tage alt, aber noch immer wartet Kommissionschefin Ursula von der Leyen auf den ersten Zahlungseingang.

Kein einziger Euro ist geflossen, und die Regierung in Warschau denkt gar nicht daran, auch nur eine Rate des Zwangsgeldes abzustottern.

Im Gegenteil. Der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro hat erklärt, sein Land solle nicht einmal einen einzigen



Schuldner Polens Regierungschef Morawiecki mit seiner Gläubigerin von der Leyen

Zloty zahlen. Ein Zloty hat derzeit den Wert von 22 Cent.

Die polnische Regierung steht auf dem Standpunkt, der Europäische Gerichtshof habe kein Recht, sich in die Justizorganisation Polens einzumischen. Das Strafgeld soll so lange jeden Tag gezahlt werden, bis die polnische Regierung eine Disziplinarkammer zur Bestrafung von Richtern abgeschafft hat.

Die polnische Regierung denkt über eine Änderung nach, lässt sich aber Zeit. Der Grundsatzstreit über die Kompetenzen zeigt die Schwächen und auch die Risse in der EU.

Ohnmächtig müssen Ursula von der Leyen und ihre 26 Kommissare zusehen, wie kein Geld fließt. Sie können keinen Gerichtsvollzieher nach Warschau schicken, der in die Staatskasse pfändet. Sie verfügen auch über keine Inkasso-Armee, die das Zwangsgeld mit Gewalt eintreiben könnte. Sie haben nur Juristen. Die haben den Begriff „Offsetting“ erfunden, was mit Aufrechnung übersetzt werden kann. Nach dieser Theorie könnte die EU Zahlungen an Polen zurückhalten, bis das nicht gezahlte Zwangsgeld ausgeglichen ist. Solche Zahlungen sind die Milliarden, die Polen als dem größten Empfänger in der EU zustehen.

Gekürzt werden könnten aber auch die Corona-Wiederaufbauhilfen in Höhe von 36 Milliarden Euro. Die Frage, ob das Offsetting korrekt ist, könnte Anlass zu weiteren Auseinandersetzungen liefern. Damit haben die Polen Erfahrung. Schon im September waren sie vom EuGH bestraft worden. Sie sollen täglich 500 000 Euro zahlen, weil sie den Braunkohleabbau in der Grenzregion zu Tschechien nicht gestoppt haben.



Fernsehillusion
SPD-Mann Lauterbach hat wenig Chancen, Minister zu werden

Mittwoch

Zum politischen Spiel der nächsten Tage gehört das Spekulieren und Raten, wer in der Ampelregierung Minister wird und wofür. Aussichtsreiche Wetten lassen sich platzieren für Christian Lindner als Finanzminister und für Annalena Baerbock als Ministerin des Äußeren. Sie kommt ja nach eigenen Angaben vom Völkerrecht.

Abzuraten ist auf Wetten zugunsten von Karl Lauterbach. Zwar erwecken die Moderatoren aller Talkshows den Eindruck, ihr Dauergast könne der nächste Gesundheitsminister werden, aber das ist eine reine Fernsehillusion.

Karl Lauterbach ist ohne Zweifel der bekannteste Gesundheitspolitiker der SPD, aber in seiner Partei spielt er keine Rolle. Er vertritt sie nicht einmal im Gesundheitsausschuss und ist auch nicht ihr gesundheitspolitischer Sprecher. Er saß in den Ausschüssen für Europarecht und Verbraucherschutz.

Ein Liebling des nächsten Kanzlers Olaf Scholz ist er auch nicht.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.